Lebensweltheim
Bundesverband der Alten- und Pflegeheime Österreichs

Pressespiegel

Mai 2017

Bundesverband der Alten- und Pflegeheime Österreichs kritisiert: Verzerrte mediale Darstellung der Leistungen der Heime

Kernaussagen des Berichtes der Volksanwaltschaft 2016 zielen in eine andere Richtung

Wien (OTS 5. Mai 2017) - **Der Bericht der Volksanwaltschaft 2016 spricht von 479 kontrollierten Einrichtungen, darunter 125 Alten- und Pflegeheimen. In einzelnen Heimen traten Defizite auf, die zu bereinigen sind. Keinesfalls waren ausschließlich in Alten- und Pflegeheimen Mängel zu beobachten, wie die mediale Berichterstattung des ORF vermuten ließ. Vielmehr zeigt der Bericht der Volksanwaltschaft in seiner Kernaussage eine Systemkritik auf, ein Missverhältnis zwischen steigenden Herausforderungen in der Altenpflege wie z. B. die steigende Zahl von an Demenz Erkrankten und den tatsächlichen personellen Ressourcen in den Heimen. Die von der Politik gestalteten Rahmenbedingungen tragen dem nicht Rechnung, so die Kernaussage des Berichtes der Volksanwaltschaft. Aus Sicht des Bundesverbandes der Alten- und Pflegeheime Österreichs, Lebenswelt Heim, lautet die entscheidende Frage: Welche Leistungen wollen wir in der Altenpflege haben und welche Ressourcen sind wir als Gesellschaft bereit, dafür zur Verfügung zu stellen? Der Bundesverband steht für einen breiten Diskurs zur Verfügung und fordert ihn seit Jahren.** Mit 125 Kontrollen wurden Alten- und Pflegeheime von der Volksanwaltschaft 2016 am häufigsten besucht und kontrolliert, davon 122 unangekündigt. Diese hohe Zahl ist darauf zurückzuführen, dass dieser Einrichtungstyp den Großteil aller von der Volksanwaltschaft zu prüfenden Institutionen ausmacht. „Österreichs Alten- und Pflegeheime gehören wahrscheinlich zu den meistkontrollierten Einrichtungen des Landes. Wir werden nicht nur von der Volksanwaltschaft, sondern auch von der Bewohnervertretung, Patientenanwaltschaft, Heim- und Pflegeaufsicht, dem Arbeitsinspektorat etc kontrolliert - was anstelle von Kontrollstrukturen benötigt wird, sind tatsächliche Strukturverbesserungen. In aller Entschiedenheit weisen wir Verallgemeinerungen zurück. Die Kritik der Volksanwaltschaft nehmen wir durchaus ernst. Manchmal muss man jedoch genauer hinsehen, um verstehen zu können“, relativiert Markus Mattersberger, Präsident des Bundesverbandes der Alten- und Pflegeheime Österreichs.

Schwer pflegebedürftige Menschen suchen viel Ruhe

Als Beispiel führt Mattersberger das „Antlitz des Alters“ an, schwer pflegebedürftige Menschen suchen viel Ruhe, Rückzugsmöglichkeit und Schlaf. Wer sich um 16.00 zurückziehen will, weil seine Konzentration für einen ganzen Tag nicht mehr ausreicht, weil ihm das schlichtweg zu viel ist, der soll das auch tun dürfen. Bei hohen Pflegestufen wird das oftmals der Fall sein. Ruhezeiten müssen daher per se keine strukturelle Schwäche sein. Zu einem weiteren Abendprogramm animiert zu werden, kann Überanstrengung und Überforderung bedeuten. Freiheit ist, dies selbst entscheiden zu können, betont Mattersberger. „Es ist niemandem geholfen, wenn die gesamte Pflegelandschaft wegen unverstandener Maßnahmen oder einzelner Negativbeispiele in Misskredit gezogen wird, das verunsichert unsere Bewohnerinnen und Bewohner und deren Angehörige, für die wir in unseren Heimen tagtäglich ein gutes,

lebenswertes Zuhause sicher stellen. Und es verunsichert unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die oftmals über ihre eigenen Leistungsgrenzen hinausgehen“, so Mattersberger. In ca. 880 Heimen in Österreich sind ca. 42.000 Pflege- und Betreuungspersonen tätig, die rund 75.000 Menschen stationär betreuen, inkl. der Kurzzeitpflegegäste werden um die 84.000 Menschen betreut. Da ist jede Situation individuell zu betrachten und zu beurteilen. Die gestern im ORF getroffenen Aussage von Volksanwalt Dr. Günther Kräuter, dass die Pflegeheime zumeist börsennotiert und daher gewinnorientiert seien, widerspricht Mattersberger entschieden, „das entspricht in keiner Weise der österreichischen Norm. Hier werden deutsche Verhältnisse beschrieben, in Österreich sind ca. 25 Prozent der Einrichtungen gewinnorientiert, der Rest ist gemeinnützig“.

Welche Leistungen wollen wir in der Altenpflege haben und welche Ressourcen sind wir als Gesellschaft bereit, dafür zur Verfügung zu stellen?

Nach eingehender Lektüre des Berichtes der Volksanwaltschaft findet Mattersberger die Sichtweise der Heim- und Pflegedienstleitungen in den Alten- und Pflegeheimen in vielen Punkten wieder. Z.B. dass Demenz oder Behinderung Präsenz erfordern und hohes geriatrisches Know-how durch einen Qualifikationsmix. Die Volksanwaltschaft kritisiert, dass dieser zusätzliche Aufwand in den Personalschlüsselberechnungen nicht ausreichend abgebildet ist. Bund und Länder seien aufgefordert, den geänderten Gegebenheiten Rechnung zu tragen. „Es ist keine Frage, mit bessere Personalstrukturen können wir in der Betreuung und Pflege unserer BewohnerInnen auch eine bessere Leistung erbringen. Doch das ist eine Entscheidung der Politik und letztlich unserer Gesellschaft“, so Mattersberger. „Es ist uns bewusst, dass es genug zu tun gibt und wir ständig an Verbesserungen arbeiten müssen, dieses Bemühen findet jedoch an den Rahmenbedingen ihre Grenzen. Auch können die Heime Systemschwächen nicht ausgleichen. Die entscheidende Frage ist: Welche Leistungen wollen wir in der Altenpflege haben und welche Ressourcen sind wir als Gesellschaft bereit, dafür zur Verfügung zu stellen? Mit den Folgen unserer Entscheidung müssen wir dann auch leben können.“ Dies gelte nicht nur für Alten- und Pflegeheime, sondern für die Altenpflege insgesamt und betrifft damit rund 450.000 PflegegeldbezieherInnen, davon leben rund 75.000 Menschen stationär in Heimen. Abschließend stellt Mattersberger fest, dass Österreichs Alten- und Pflegeheime die Erwartungshaltungen verschiedener Überprüfungsbehörden selbstverständlich zu erfüllen bereit sind, wenn auch die Rahmenbedingungen dafür gegeben sind. Gerne greift er auch den Aufruf zu einem gesellschaftspolitischen Diskurs der Volksanwaltschaft sowie zuletzt auch der Arbeiterkammer Oberösterreich auf – „Wir stehen sehr gerne für einen großen Diskurs zur Verfügung und haben diesen bereits vor Jahren gefordert“.

www.lebensweltheim.at
Bericht der Volksanwaltschaft 2016, Alten- und Pflegeheime ab Seite 29 (Download rechte Spalte)

Über Lebenswelt Heim

Lebenswelt Heim, der Bundesverband der Alten- und Pflegeheime Österreichs, ist ein gemeinnütziger Verein und verbindet seit 1994 unter seinem Dach ca. 850 LeiterInnen von Alten- und Pflegeheimen mit insgesamt rund 42.000 MitarbeiterInnen. Auf europäischer Ebene ist Lebenswelt Heim Mitglied der European Association for Directors of Residential Care Homes for the Elderly (E.D.E.). Lebenswelt Heim ist Partner von „Alt sein und gut leben 2050“.
www.lebensweltheim.at
http://www.ede-eu.org/de
www.alt-sein-und-gut-leben-2050.at

derStandard.at

http://derstandard.at/2000057055408/Pflege-Verband-der-Altenheime-wehrt-sich-gegen-Kritik

Pflege: Verband der Altenheime wehrt sich gegen Kritik

5. Mai 2017, 14:41

Ruf nach mehr Personal und besseren Rahmenbedingungen Wien – Der Bundesverband der Alten- und Pflegeheime Österreichs, die Lebenswelt Heim, hat sich gegen Kritik verteidigt. "In aller Entschiedenheit weisen wir Verallgemeinerungen zurück", erklärte Präsident Markus Mattersberger am Freitag in einer Aussendung. Die Kritik der Volksanwaltschaft nehme man aber durchaus ernst. Die Debatte um die Missstände ging unterdessen weiter. Mattersberger beklagte die hohe Kontrolldichte der Pflegeheime. "Wir werden nicht nur von der Volksanwaltschaft, sondern auch von der Bewohnervertretung, Patientenanwaltschaft, Heim- und Pflegeaufsicht, dem Arbeitsinspektorat etc. kontrolliert – was anstelle von Kontrollstrukturen benötigt wird, sind tatsächliche Strukturverbesserungen", so Mattersberger. Der Verband räumt zwar Defizite in einzelnen Heimen ein, allerdings seien keinesfalls nur in Alten- und Pflegeheime Mängel zu beobachten und die mediale Berichterstattung daher verzerrt. Aus Sicht von Lebenswelt Heim zeigt der Bericht der Volksanwaltschaft in seiner Kernaussage eine Systemkritik auf. "Einzelne Negativbeispiele" "Es ist niemandem geholfen, wenn die gesamte Pflegelandschaft wegen unverstandener Maßnahmen oder einzelner Negativbeispiele in Misskredit gezogen wird, das verunsichert unsere Bewohnerinnen und Bewohner und deren Angehörige, für die wir in unseren Heimen tagtäglich ein gutes, lebenswertes Zuhause sicher stellen. Und es verunsichert unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die oftmals über ihre eigenen Leistungsgrenzen hinausgehen", erklärte Mattersberger. Der Altenheime-Verband fordert mehr Geld. "Mit bessere Personalstrukturen können wir in der Betreuung und Pflege unserer BewohnerInnen auch eine bessere Leistung erbringen", so Mattersberger. Mit dieser Forderung ist er nicht alleine, auch die Gewerkschaft GPA-djp forderte am Freitag, dass offene Stellen rasch nachbesetzt werden sowie eine generelle Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Ähnlich klangen die Forderungen des ÖVP-Seniorenbunds. Präsidentin Ingrid Korosec, forderte einen einheitlichen Personalschlüssel, darüber hinaus brauche "es dringend mehr Kontrollen". Die Wiener Patientenanwältin Sigrid Pilz kündigte an, zu prüfen, ob tatsächlich gegen den Willen Medikamente verabreicht wurden. Per Aussendung zu Wort meldete sich die Demenzforscherin Stefanie Auer. Es handle sich um ein seit Jahren schwelendes Problem, "allerdings wird in der laufenden Diskussion mit den Pflegeteams die falsche Personengruppe an den Pranger gestellt und keine Lösungsansätze geliefert. Es ist die Gesellschaft gefordert, das Thema nicht weiter zu negieren, die Politik muss in die Pflicht genommen werden, verbesserte Rahmenbedingungen zu erstellen." (APA, 5.5.2017) - derstandard.at/2000057055408/Pflege-Verband-der-Altenheime-wehrt-sich-gegen-Kritik

kurier.at

Bundesverband der Alten- und Pflegeheime Österreichs kritisiert: Verzerrte mediale Darstellung der Leistungen der Heime

vor einer Woche - Kurier

ZIB 2

Pflege in Österreich: Zurückweisung der Kritik / ZIB 7:00 vom 05.05 ...
tvthek.orf.at/profile/ZIB-700/12288226/ZIB-700/...Oesterreich...Kritik/14042195

1.

05.05.2017 - Pflege in **Österreich**: Zurückweisung der **Kritik**. | 00:54 Min. Der Präsident des**Bundesverbandes der Alten-und Pflegeheime** in **Österreich**, ...

Streit um

Ein Wiener tötet im Bezirk Döbling seine Mutter (95) und nimmt sich nachher das Leben. Motiv: „Ich war überfordert." Das Drama von Freitag macht auf tragische Weise auf ein brisantes Thema aufmerksam – die Pflege von gebrechlichen Menschen ist fordernd. Wir lassen in Interviews Experten zum Streit rund um vorgeworfene Missstände in Heimen zu Wort kommen. Und wir stellen stille Helden des Alltags aus den Bundesländern vor, die Tag für Tag Höchstleistungen erbringen.

Die Volksanwaltschaft übte mit der Veröffentlichung ihres Jahresberichts heftige Kritik am österreichischen Gesundheitssystem – wir berichteten. Vor allem geht es um angebliche Vernachlässigung der Arbeit in Senioren-

Umfrage

Foto: Christof Birbaumer

Susi GRINSCHGL (49) arbeitet im Pflegeheim St. Vinzenz in Innsbruck: „Wenn die Leute einmal herzlich lachen, geht auch mir das Herz auf. Schwarze Schafe gibt es leider überall."

Foto: Markus Tschepp

Nadine SCHWAB (33), Altenpflegerin aus Salzburg, arbeitet im Seniorenwohnheim Großgmain: „Bei uns herrscht ein familiäres Klima. Man bekommt viel Dank zurück."

Foto: Marion Hörmandinger

Sabine SPIESBERGER (45) aus dem evangelischen Pflegeheim Bad Goisern (OÖ): „Um urteilen zu können, sollte man den Tagesablauf einsehen und auch mitmachen."

Foto: Sepp Pail

Ulli LUISSER (38), Bereichsleitung Seniorenpark Oberaich (Stmk.): „Bei uns darf jeder in seinem Sein leben. Das Schöne ist, dass man viel Freude und Dankbarkeit zurückbekommt."

„Sind um gute Arbeit bemüht"

Foto: Foto Wilke

Markus Mattersberger vom Bundesverband Pflegeheime verteidigt die Kollegen.

Herr Mattersberger, was sagen Sie zu den Missständen, die von der Volksanwaltschaft vorgeworfen werden?

Wir nehmen den Bericht sehr ernst, verwehren uns aber gegen die pauschalierten Anschuldigungen.

Sie streiten nicht ab, dass es diese Vorfälle gibt?

Es sind Einzelbeobachtungen, für die ich sehr dankbar bin, dass sie aufgezeigt wurden. Es gilt hierbei nichts zu beschönigen, aber es ist unseriös, dies auf die Situation aller unserer Heime umzumünzen.

Was sagen die Pfleger in den Seniorenheimen?

Die ganze Diskussion führt zu Verunsicherung. Die Mitarbeiter sind bemüht, gute Arbeit zu leisten, und gehen dabei häufig an ihre Leistungsgrenzen.

Was sagen Sie zum Vorwurf der viel zu frühen Bettgehzeiten?

Wir sind in unseren Heimen bemüht, den Bedürfnissen unserer Bewohner nachzugehen! Man muss den Bewohnern dabei aber auch zugestehen, dass sie irgendwann müde sind.

Werden Sie bei Bedarf auch selbst ins Heim gehen?

Selbstverständlich! Wenn es erforderlich wäre, wüsste ich auch meine Mutter dort gut aufgehoben. Dennoch haben wir in unseren Möglichkeiten im Vergleich zu europäischen Ländern Luft nach oben. Hierzu braucht es aber ein Bekenntnis der Politik auf Bundesebene, dass Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Pflege in Österreich

heimen. Mangelnde Körperpflege, frühe Bettgehzeiten und Missstände wegen Personalmangel – so lauten die Vorwürfe der Volksanwaltschaft. Volksanwalt Kräuter spricht sogar von der Verletzung von Menschenrechten.

Markus Mattersberger, Präsident des Bundesverbands der Alten- und Pflegeheime Österreichs, sieht das anders. Den Heimen sei es nämlich ein großes Anliegen, den Bedürfnissen der Bewohner nachzukommen.

Derzeit gibt es in Österreich 850 Pflegeheime. Diese müssen sich um mehr als 75.000 Menschen kümmern. Dabei haben sie über 42.000 Pfleger zur Verfügung. Und das dürfte angesichts des steigenden Betreuungsbedarfs in der Zukunft wohl nicht reichen. Denn schon jetzt gibt es hierzulande 366.000 Menschen, die älter als 80 Jahre sind.

Foto: Fotolia

Die Pflege von alten Menschen verlangt viel Feingefühl. Die Arbeit ist herausfordernd.

„Menschenrecht wird missachtet"

Herr Volksanwalt, wie konnten Sie die Vorwürfe in den Heimen nachweisen?

Expertenkommissionen der Volksanwaltschaft mit Ärzten, Juristen, Psychologen und Pflegefachleuten besuchen unangekündigt die Heime. Im Vorjahr haben wir 125 Alten- und Pflegeheime kontrolliert.

Können Sie Beispiele für besonders dramatische Missstände nennen?

Wenn das Abendessen schon um 16 Uhr stattfindet, die Nachtruhe um 18 beginnt und ohne medizinische Notwendigkeit sedierende Medikamente verabreicht werden, ist das eine krasse Menschenrechtsverletzung. Es gibt Einrichtungen mit nur wöchentlichen Badetagen. In einem Tiroler Heim mussten Bewohner stundenlang in ihren Exkrementen liegen, Hintergrund war ein Streit über den Dienstplan.

Wer ist an solchen Missständen schuld?

Das Hauptproblem sind Sparmaßnahmen beim Personal. Laut unseren Experten leistet das Pflegepersonal in den meisten Fällen sehr engagierte Arbeit, ist aber oft überfordert.

Wird in privaten Heimen öfter gespart?

Privaten Betreibern geht es logischerweise um den Gewinn, da sollte man keine Illusionen haben.

Was muss nun seitens der Politik konkret geschehen?

Ich fordere im Interesse der Menschen in Pflegeeinrichtungen mehr und besser ausgebildetes Personal.

Volksanwalt Günther Kräuter zeigte Missstände in Heimen in Österreich auf.

Foto: Gabriele Moser

Die ganze WOCHE - Meinungen - **Mehr Kontrollen in Pflegeheimen?**

Ausgabe Nr. 20/2017 vom 16.05.2017, Fotos: Sabine Klimpt, Wilke

Ingrid Korosec, Markus Mattersberger

Mehr Kontrollen in Pflegeheimen?

125 Pflege-Einrichtungen besuchten die Kommissionen der Volksanwaltschaft im Vorjahr. Sie fanden teils Erschreckendes. In einem Tiroler Heim mussten inkontinente Bewohner sogar in Kot und Urin ausharren, weil Mitarbeiterinnen stritten und weder der Tagdienst noch der Nachtdienst die Windeln wechselte. Jetzt werden mehr Kontrollen gefordert. Doch Markus Mattersberger, der Präsident des Bundesverbandes der Alten- und Pflegeheime, fordert stattdessen Strukturverbesserungen.

JA: Ingrid Korosec,
Seniorenbund-Präsidentin

„Die Lage im Bereich der Pflege ist dramatisch. Es gibt keine staatliche Qualitätskontrolle. Das lässt sich am besten beim Personal feststellen. Dort hakt es an allen Ecken und Enden. Ein einheitlicher Personalschlüssel existiert nicht. Es ist

nicht genügend Pflegepersonal da. Und es gibt keine adäquate Bezahlung für jene Menschen, die in der Pflege beschäftigt sind. Dass ein hochentwickeltes Land wie Österreich derart eklatante Mängel aufweist, liegt am fehlenden Gesamtkonzept. Das bestätigen auch die jüngsten Berichte von Rechnungshof und Volksanwaltschaft. Der Österreichische Seniorenbund fordert hier seit Jahren grundlegende Änderungen im Sinne der Hilfsbedürftigen und der Pflegenden gleichermaßen. Die Finanzierung der Pflege muss aus einer Hand kommen, nur so kann das verwirrende System überwunden werden. Die Qualitätskriterien müssen einer andauernden Kontrolle unterworfen sein. Letztlich geht es darum, Personal und Angehörige von Belastungen zu befreien, damit sie sich auf die Pflegebedürftigen konzentrieren können.“

NEIN: Markus Mattersberger,
„Lebenswelt Heim“

„Prinzipiell werden Kontrollen äußerst begrüßt, da sie den Einrichtungen eine Rückmeldung von außerhalb zur geleisteten Arbeit geben und geeignet sind, diverse Fehlentwicklungen frühzeitig aufzuzeigen. Die Pflegeeinrichtungen werden aktuell unter anderem von Heim- und Pflegeaufsichten, Patientenanwaltschaften, Bewohnervertretern, Volksanwaltschaft und Arbeitsinspektoraten kontrolliert. Es stellt sich die Frage, welche zusätzlichen Erkenntnisse durch noch mehr Kontrollen gewonnen werden könnten? Bessere Arbeit wird durch bessere Strukturen und Rahmenbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ermöglicht, nicht durch stärkere Kontrollstrukturen. Ein Mehr an Kontrollen ist kontraproduktiv, da sie letztlich wertvolle Zeit unserer Mitarbeiter binden, die unseren Bewohnerinnen und Bewohnern zustehen sollte. Zudem sind sie andauernder Ausdruck des Misstrauens und Versagens, schaffen Doppelgleisigkeiten der Behörden und verschlingen dadurch zusätzliches Steuergeld. Kontrollen sollen jene Menschen unterstützen, die an der Lebensqualität für unsere älteren Menschen arbeiten und sie nicht behindern.“

ALTENPFLEGE"Krasse Menschenrechtsverletzungen": Fachverband wehrt sich

Der Bericht der Volksanwaltschaft über massive Missstände in Seniorenheimen hat eine heftige Debatte ausgelöst. Die SPÖ-Pensionisten sprechen von "kriminellen Missständen" und "Folter". Der Fachverband wehrte sich gegen „pauschale Verunglimpfung“.

08.27 Uhr, 05. Mai 2017

Themenbild © APA/BARBARA GINDL

Die einen sprechen von „kriminellen Missständen“ und fordern strengere Kontrollen in Pflegeheimen. Andere sprechen von Personalmangel, Überlastung und „Spardiktaten“. Der aktuelle Bericht der Volksanwaltschaft über die teils gravierenden Missstände in Pflege- und Altenheimen - wir berichteten ausführlich - löste am Donnerstag heftige Reaktionen aus. Sozialminister **Alois Stöger** (SPÖ) sagte, wichtig sei nun, dass alle Beteiligten "hinschauen" und die Situation der Betroffenen verbessern. Jedes Bundesland müsse nun in seinem Bereich handeln, verwies der Ressortchef auf die Zuständigkeit der Länder.

Andreas Wohlmuth, Generalsekretär des SPÖ-Pensionistenverbandes, sagte in einer Aussendung: "Es ist menschenunwürdig, wie viele Seniorinnen und Senioren in schlecht

geführten Einrichtungen ihr Dasein fristen müssen." Er sprach von "kriminellen Missständen" sowie "Methoden, die einer Folter gleichkommen", und forderte "verstärkte, strengste Kontrollen durch die zuständigen Bundesländer".

Der Präsident des Bundesverbands der Alten- und Pflegeheime, **Markus Mattersberger**, wollte in der ZIB 2 generelle Anschuldigungen nicht gelten lassen. Laut ihm handelt es sich um Einzelfälle. Tirols Gesundheitslandesrat **Bernhard Tilg** (ÖVP) kündigte hingegen eine "umfassende Kontrolle" der in Tirol festgestellten Missstände an. Man nehme den Pflegebericht der Volksanwaltschaft jedenfalls "sehr ernst".

Insgesamt 125 Alten- und Pflegeheime besuchte die Kommission der Volksanwaltschaft im Vorjahr, laut ihrem Bericht stellte sie dabei schwere Vernachlässigungen und Hygienemängel fest. In einem Heim in Tirol etwa sollen Menschen in Harn und Kot gelegen sein, wegen Streitigkeiten über Zuständigkeiten zwischen Pflegekräften, wie das Ö1-Morgenjournal berichtete.

In den Bundesländern und Pflegeheimen wurden die Vorwürfe teils zurückgewiesen. **Franz Ferner**, Geschäftsführer des größten Betreibers in der Steiermark, der Volkshilfe, sagte im Ö1-Mittagsjournal, die Kontrollen des Landes seien ausreichend: "Wir hatten im vorigen Jahr 147 externe Überprüfungen." Dabei sei die Pflegequalität "sehr gut" bewertet worden.

Einen zentralen Kritikpunkt der Volkanwaltschaft, dass die betagten Menschen fast überall bereits um 18 Uhr zu Bett gebracht würden, wies er zurüc, ebens die niederösterreichische Soziallandesrätin **Barbara Schwarz,** die derzeit Vorsitzende der Sozialreferentenkonferenz. Gebe es Bewohner, die abends gerne länger auf sind, "nehmen wir auf diese Gewohnheit sehr stark Rücksicht", sagte sie gegenüber Ö1. Sie könne "garantieren", dass darauf in den Landespflegeheimen "großes Augenmerk“ gelegt wird. Und das verlange man auch von den Trägern.

Äußerst kritisch reagierte man in der Wirtschaftskammer (WKÖ) auf den Bericht der Volksanwaltschaft: „Der Fachverband der Gesundheitsbetriebe wehrt sich gegen die pauschale Verunglimpfung einer gesamten Branche und weist dies aufs Schärfste zurück“, sagte Martin Hoff, Vorsitzender des Fachausschusses Seniorenbetreuung.

Heute

http://www.heute.at/story/49368862

Nach Skandal-Bericht

05. Mai 2017 12:07; *Akt: 05.05.2017 12:33*Print

Pflegeheime wehren sich gegen Folter-Vorwürfe

Der Bericht der Volksanwaltschaft über üble Mängel in Pflege- und Altenheimen hat eine heftige Debatte ausgelöst. Jetzt wehren sich die Pfleger.

Der detaillierte Bericht der Volksanwaltschaft über Missstände in Pflege- und Altenheimen hat für Empörung gesorgt. Einige Vorwürfe der Volksanwälte: Bettruhe um 17 Uhr, wöchentlich nur ein Badetag, Beruhigungsmittel im Nutella. Das seien „krasse Menschenrechtsverletzungen". Der SPÖ-Pensionistenverband sprach gar von Methoden, „die einer Folter gleichkommen“, und forderte „strengste Kontrollen durch die zuständigen Bundesländer“.

Jetzt wehrt sich der Bundesverband der Alten- und Pflegeheime Österreichs: Keinesfalls seien ausschließlich in Alten- und Pflegeheimen Mängel zu beobachten, wie die mediale Berichterstattung vermuten ließe. „Österreichs Alten- und Pflegeheime gehören wahrscheinlich zu den meistkontrollierten Einrichtungen des Landes. Wir werden nicht nur von der Volksanwaltschaft, sondern auch von der Bewohnervertretung, Patientenanwaltschaft, Heim- und Pflegeaufsicht, dem Arbeitsinspektorat etc kontrolliert“, erklärte Markus Mattersberger, Präsident des Bundesverbandes der Alten- und Pflegeheime Österreichs am Freitag und forderte „tatsächliche Strukturverbesserungen“. „In aller Entschiedenheit weisen wir Verallgemeinerungen zurück. Die Kritik der Volksanwaltschaft nehmen wir durchaus ernst. Manchmal muss man jedoch genauer hinsehen, um verstehen zu können“, so Mattersberger wortreich.

450.000 Menschen betroffen

Aus Sicht des Bundesverbandes lautet die entscheidende Frage: Welche Leistungen wollen wir in der Altenpflege haben und welche Ressourcen sind wir als Gesellschaft bereit, dafür zur Verfügung zu stellen? Der Verband stehe für einen Diskurs zur Verfügung. Die Frage betreffe rund 450.000 Pflegegeldbezieher, davon leben rund 75.000 Menschen stationär in Heimen.

Einzelne Negativbeispiele

„Es ist niemandem geholfen, wenn die gesamte Pflegelandschaft wegen unverstandener Maßnahmen oder einzelner Negativbeispiele in Misskredit gezogen wird, das verunsichert unsere Bewohnerinnen und Bewohner und deren Angehörige, für die wir in unseren Heimen tagtäglich ein gutes, lebenswertes Zuhause sicher stellen. Und es verunsichert unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die oftmals über ihre eigenen Leistungsgrenzen hinausgehen“, so Mattersberger.

Auch Fachverband wehrt sich

Auch der Fachverband der Gesundheitsbetriebe fühlte sich von der Volksanwaltschaft angegriffen. „Wir wehren uns gegen die pauschale Verunglimpfung einer gesamten Branche und weisen diese aufs Schärfste zurück“, reagiert Martin Hoff, Vorsitzender des Fachausschusses Seniorenbetreuung in der Wirtschaftskammer. Es sei unverständlich und irritierend, wenn die Volksanwaltschaft mit einzelnen Kritikpunkten mediale Aufmerksamkeit statt eines konstruktiven Gespräches mit dem zuständigen Fachverband suche. Auf die Einladung zum konstruktiven Dialog seitens des Fachverbandes wurde bis dato nicht reagiert, so Hoff.

(plo)

Vorarlberg
http://www.vol.at/pflegemissstaende-stoeger-mahnt-hinschauen-ein/apa-1435846792

Volksanwaltschaft prangert “Menschenrechtsverletzung” in der Pflege an

4. Mai 2017 18:00 *Akt.: 5. Mai 2017 13:32*

40 Kommentare

Der Bericht der Volksanwaltschaft über teils gravierende Mängel in Pflege- und Altenheimen hat am Donnerstag für zahlreiche Reaktionen gesorgt. Während Sozialminister Alois Stöger (SPÖ) dafür plädierte, bei Missständen “hinzuschauen”, beklagte die Gewerkschaft vor allem Personalmängel. Der Fachverband der Gesundheitsbetriebe in der WKÖ und der Präsident des Bundesverbandes der Alten-und Pflegeheime in Österreich wehren sich gegen “pauschale Verunglimpfungen”.

- **Einrichtungen weisen Kritik zurück**

Gabriele Fischer, Psychiaterin und Leiterin der Menschenrechtskommission der Volksanwaltschaft für die Steiermark und Kärnten, hatte zuvor im Ö1-“Morgenjournal” von “strukturellen Defiziten” in Alten- und Pflegeheimen gesprochen, vor allem was das sehr zeitige Zu-Bett-Bringen (vor 18 Uhr) anbelangt.

Gravierende Vernachlässigung

Im Bericht der Volksanwaltschaft war aber auch die Rede von teils gravierenden Vernachlässigungen und Hygiene-Mängeln. In einem Heim in Tirol etwa sollen Menschen in Harn und Kot gelegen sein, wegen Streitigkeiten über Zuständigkeiten zwischen Pflegekräften, wie das “Morgenjournal” berichtete. In einem anderen Heim sind ältere Menschen mit Inkontinenzprodukten versorgt worden, obwohl sie gar

nicht inkontinent sind. In einem Wiener Heim wurden laut dem Volksanwaltschafts-Bericht unruhigen Menschen Medikamente verabreicht. Volksanwalt Günther Kräuter (SPÖ) bezeichnete dies gegenüber Ö1 als “krasse Menschenrechtsverletzung”.

Sozialminister Stöger sagte am Rande eines Termins am Donnerstag, er finde es “sehr gut”, dass nun der Bericht der Volksanwaltschaft vorliegt. Wichtig sei nun, dass alle Beteiligten bei Missständen “hinschauen” und die Situation der Menschen verbessern. Jedes Bundesland müsse nun in seinem Bereich handeln, verwies der Ressortchef auf die Zuständigkeit der Länder.

“Strengste Kontrollen durch Bundesländer”

Der SPÖ-Pensionistenverband forderte “verstärkte, strengste Kontrollen durch die zuständigen Bundesländer”. “Es ist menschenunwürdig, wie viele Seniorinnen und Senioren in schlecht geführten Einrichtungen ihr Dasein fristen müssen”, sagte Pensionistenverband-Generalsekretär Andreas Wohlmuth und sprach von “kriminellen Missständen”. “Schwerste hygienische Mängel, psychischer Druck und oft auch die willkürliche Verabreichung von Medikamenten sind Methoden, die einer Folter gleichkommen.”

Der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft vida, Willibald Steinkellner, machte vor allem Personalmangel für die Probleme verantwortlich: “Ja, es gibt massive Missstände in Pflegeheimen, und zwar in erster Linie was die Arbeitsbedingungen betrifft!”, erklärte er. “Die Probleme im Pflegebereich sind hinlänglich bekannt, ob Personalmangel, Überlastung, Spardiktat, Scheinselbstständigkeit bei der 24-Stunden-Betreuung und so weiter und so fort. Dadurch sinkt nicht nur die Qualität der Pflege, sondern auch die Auswirkungen auf die Beschäftigten sind enorm.” Abhilfe schaffen könne nur eine bundesweit einheitliche Personalbedarfsberechnung, wiederholte er eine oftmals gestellte Forderung. Außerdem brauche es mehr Geld, um den Pflegebereich “endlich angemessen auszustatten”.

“Viel zu wenig Personal”

Auch Reinhard Waldhör, Vorsitzender der GÖD-Gesundheitsgewerkschaft, erklärte, die derzeitige Lage in der Pflege sei durch “viel zu wenig Personal sowie durch den falschen Einsatz im ‘skills and grade’-Mix” bestimmt: “Wenig qualifiziertes Personal muss das Fehlen von Fachkräften kompensieren”, so sein Vorwurf. Die Kollegen würden jeden Tag versuchen, die fehlenden Ressourcen mit Höchstleistungen auszugleichen, “aber jetzt ist der Punkt erreicht, wo es einfach nicht mehr geht”.

Äußerst kritisch reagierte man in der Wirtschaftskammer auf den Bericht der Volksanwaltschaft: “Der Fachverband der Gesundheitsbetriebe wehrt sich gegen die pauschale Verunglimpfung einer gesamten Branche und weist dies aufs Schärfste zurück”, sagte Martin Hoff, Vorsitzender des Fachausschusses Seniorenbetreuung in der WKÖ. Es sei unverständlich und irritierend, wenn die Volksanwaltschaft mit einzelnen Kritikpunkten mediale Aufmerksamkeit statt eines konstruktiven Gespräches mit dem zuständigen Fachverband suche.

“Attraktivierung” des Pflegeberufes

Von einem “alarmierenden Bild über die Zustände in heimischen Senioren- und Pflegeheimen” sprach FPÖ-Pflegesprecher Norbert Hofer. Der Dritte Nationalratspräsident verwies auf die langjährige Forderung seiner Partei nach einer Aufstockung des Pflegepersonals, außerdem brauche es eine “Attraktivierung” des Berufsbildes sowie die Einführung eines Lehrberufs Pflege. Die Grüne Sozialsprecherin Judith Schwentner forderte die Landesverantwortlichen zum Handeln auf: Die festgestellten Missstände seien “sofort zu beheben”, jene Heimbetreiber, “die mit der großen Verantwortung für oft wehrlose, pflegebedürftige Menschen nicht sorgsam umgehen können, gehören sofort sanktioniert bzw. aus dem Verkehr gezogen”, sagte sie.

Tirols Gesundheitslandesrat Bernhard Tilg (ÖVP) kündigte unterdessen eine “umfassende Kontrolle” der in Tirol festgestellten Fälle bzw. Missstände an. Man nehme den Pflegebericht der Volksanwaltschaft jedenfalls “sehr ernst”. Er sei an voller Aufklärung interessiert, das schulde man den Bewohnern der Heime in Tirol sowie ihren Angehörigen.

“Mit der Unterstützung von Fachleuten werden wir die kritisierten Sachverhalte analysieren und so rasch wie möglich Verbesserungen umsetzen. Bereits in der Vergangenheit haben wir bei Missständen in Pflegeheimen umgehend reagiert”, erklärte Tilg. Gleichzeitig dürfe der Bericht der Volksanwaltschaft nicht als pauschale Kritik an der Arbeit der Pflegekräfte in den Tiroler Heimen gesehen werden, so der Landesrat. “Der überwiegende Anteil unserer Pflegekräfte sind fleißige und tüchtige Menschen, die mit viel Einfühlungsvermögen und Verantwortungsgefühl täglich am Werk sind”, betonte Tilg.

Lob für Vorarlberger Pflegeheime

Mit den Pflegeheimen in Vorarlberg ist die Expertenkommission zufrieden. Im Gegensatz zu anderen Pflegeheimen in Österreich seien dem Bericht keine “direkten, massiven Vorwürfe für das Bundesland Vorarlberg zu entnehmen,” so Bundesvolksanwalt Günter Kräuter.

Vielmehr empfiehlt der Bericht anderen Bundesländern die Alterspsychiatrie, wie sie in Vorarlberg umgesetzt werde, zu übernehmen.

(APA/red)

Vorarlberg: Einrichtungen weisen Kritik an Pflege in Österreich zurück

Der Präsident des Bundesverbandes der Alten-und Pflegeheime in Österreich, Markus Mattersberger, wehrt sich gegen die Kritik an Österreichs Heimen. Bei den Missständen handle es sich um Einzelfälle.

Der Bericht der Volksanwaltschaft über teils gravierende Mängel in Pflege- und Altenheimen hatte am Donnerstag für zahlreiche Reaktionen gesorgt. Während Sozialminister Alois Stöger (SPÖ) dafür plädierte, bei Missständen “hinzuschauen”, beklagte die Gewerkschaft vor allem Personalmängel.

Neben Markus Mattersberger wehrte sich auch der Fachverband der Gesundheitsbetriebe in der WKÖ gegen eine “pauschale Verunglimpfung”.

(red)

NewsJS
The News Journal Search
Österreich-Ausgabe

Vorarlberg: Einrichtungen weisen Kritik an Pflege in Österreich zurück - VOL.AT - Vorarlberg Online

VOL.AT - Vorarlberg OnlineVorarlberg: Einrichtungen weisen Kritik an Pflege in Österreich zurückVOL.AT - Vorarlberg OnlineDer Präsident des Bundesverbandes der Alten-und Pflegeheime in Österreich, Markus Mattersberger, wehrt sich gegen die Kritik an Österreichs Heimen. Bei den Missständen handle es sich um Einzelfälle. Stöger mahnt "hinschauen" an. Der Bericht der ...und weitere »
-

VOL.AT

http://www.regionews.at/newsdetail/Bundesverband_der_Alten_und_Pflegeheime_Oesterreichs_kritisiert_Verzerrte_mediale_Darstellung_der_Leistungen_der_Heime-146246

Bundesverband der Alten- und Pflegeheime Österreichs kritisiert: Verzerrte mediale Darstellung der Leistungen der Heime

Foto: Lebenswelt Heim

http://boerse-social.com/2017/05/05/neue_bilder_gabriela_maria_straka_markus_mattersberger_erste_group_biene_wolfgang_dworschak_atx_beobachtungsliste_42017_c_wiener_borse_polytec_omv_facc_ovfa_zfa_vig_erasmus_university_rotterdam_und_finanzmarktfoto_des_monats

Markus Mattersberger, MMSc MBA Präsident Lebenswelt Heim, Bundesverband der Alten- und Pflegeheime Österreichs: Bundesverband der Alten- und Pflegeheime Österreichs kritisiert: Verzerrte mediale Darstellung der Leistungen der Heime (Fotograf: Foto Wilke / Fotocredit: Lebenswelt Heim)

Aus: Menschen, Mai 2017

http://www.photaq.com/page/index/3084#bild_63501

http://www.volksblatt.at/?no_cache=1

NEUES Volksblatt

Wenig Verständnis für Pflege-Kritik

OÖ fühlt sich „nicht angesprochen" — Verbesserungen bei der Pflege-Ausbildung

Mit der von der Volksanwaltschaft losgetretenen Diskussion um Missstände bei der Betreuung in den Alten- und Pflegeheimen kann man in Oberösterreich wenig anfangen. „Es gibt bei uns keinen Pflegenotstand", betonte etwa die zuständige Soziallandesrätin Birgit Gerstorfer (SPÖ) auf VOLKSBLATT-Anfrage. Von der „pauschalen Kritik" der Volksanwaltschaft „sehen wir uns nicht angesprochen", im Gegenteil: Laut den Betreuten sei die Qualität in den Heimen „super", es gebe kaum Beschwerden. Im übrigen geben es einen „intensiven Prüfprozess", so die Landesrätin.

Schützend vor die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellt sich OÖVP-Sozialsprecher LAbg. Wolfgang Hattmannsdorfer: Das Pflegpersonal leiste „unter enormen physischen und psychischen Bedingungen eine hervorragende Arbeit". Auch er verweist darauf, dass behördlich genehmigte Pflegeeinrichtungen „bereits jetzt sehr streng kontrolliert" würden. Er warnt auch vor noch schärferen Kontrollen, denn: „Der bürokratische Aufwand für das Pflegepersonal darf nicht noch höher werden, sonst leidet die Zeit für die Betreuung der Bewohnerinnen und Bewohner".

Sehr wohl fordert Hattmannsdorfer aber, dass im Rahmen des „Sozialprojekts 2021+" die Pflegeausbildung unter die Lupe genommen werde. Um mehr Menschen für den Pflegeberuf zu begeistern, brauche es sowohl ein modulares Ausbildungsprogramm, das nahtlos an die Ausbildungspflicht anschließe als auch Durchlässigkeit zwischen dem stationären und dem mobilen Bereich beziehungsweise zwischen dem Sozial- und Gesundheitsbereich. „Hier ist die Politik dringend gefordert", so Hattmannsdorfer.

„In aller Entschiedenheit" hat gestern auch der Bundesverband der Alten- und Pflegeheime Österreichs, die Lebenswelt Heim, „Verallgemeinerungen" zurückgewiesen. Es sei niemandem geholfen, „wenn die gesamte Pflegelandschaft wegen unverstandener Maßnahmen oder einzelner Negativbeispiele in Misskredit gezogen wird", so Präsident Markus Mattersberger. Das verunsichere Bewohner, Angehörige und Mitarbeiter.

Einig ist man sich weitgehend, dass der Pflegebereich eine bessere personelle Ausstattung braucht.

Über eines herrscht in der Debatte um die Alten- und Pflegeheim weitgehend Einigkeit: Es brauche mehr Personal und bessere Bedingungen.
© Foto: dpa

http://photaq.com/page/pic/63501/markus_mattersberger_mmsc_mba_prasident_lebenswelt_heim_bund

Markus Mattersberger, MMSc MBA Präsident Lebenswelt Heim, Bundesverband der Alten- und Pflegeheime Österreichs - Lebenswelt Heim, Bundesverband d. Alten- und Pflegeheime Österreichs: Bundesverband der Alten- und Pflegeheime Österreichs kritisiert: Verzerrte mediale Darstellung der Leistungen der Heime (Fotograf: Foto Wilke / Fotocredit: Lebenswelt Heim)

15.05.2017

Aus dem Beitrag: Menschen, Mai 2017

Foto © Aussender

Tiroler Tageszeitung ONLINE

Pflege - Verband der Altenheime wehrt sich gegen Kritik

Wien (APA) - Der Bundesverband der Alten- und Pflegeheime Österreichs, die Lebenswelt Heim, hat sich gegen Kritik verteidigt. „In aller Entschiedenheit weisen wir Verallgemeinerungen zurück“, erklärte Präsident Markus Mattersberger am Freitag in einer Aussendung. Die Kritik der Volksanwaltschaft nehme man aber durchaus ernst. Die Debatte um die Missstände ging unterdessen weiter.

Mattersberger beklagte die hohe Kontrolldichte der Pflegeheime. „Wir werden nicht nur von der Volksanwaltschaft, sondern auch von der Bewohnervertretung, Patientenanwaltschaft, Heim- und Pflegeaufsicht, dem Arbeitsinspektorat etc. kontrolliert - was anstelle von Kontrollstrukturen benötigt wird, sind tatsächliche Strukturverbesserungen“, so Mattersberger.

Der Verband räumt zwar Defizite in einzelnen Heimen ein, allerdings seien keinesfalls nur in Alten- und Pflegeheime Mängel zu beobachten und die mediale Berichterstattung daher verzerrt. Aus Sicht von Lebenswelt Heim zeigt der Bericht der Volksanwaltschaft in seiner Kernaussage eine Systemkritik auf.

„Es ist niemandem geholfen, wenn die gesamte Pflegelandschaft wegen unverstandener Maßnahmen oder einzelner Negativbeispiele in Misskredit gezogen wird, das verunsichert unsere Bewohnerinnen und Bewohner und deren Angehörige, für die wir in unseren Heimen tagtäglich ein gutes, lebenswertes Zuhause sicher stellen. Und es verunsichert unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die oftmals über ihre eigenen Leistungsgrenzen hinausgehen“, erklärte Mattersberger.

Der Altenheime-Verband fordert mehr Geld. „Mit bessere Personalstrukturen können wir in der Betreuung und Pflege unserer BewohnerInnen auch eine bessere Leistung erbringen“, so Mattersberger. Mit dieser Forderung ist er nicht alleine, auch die Gewerkschaft GPA-djp forderte am Freitag, dass offene Stellen rasch nachbesetzt werden sowie eine generelle Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Ähnlich klangen die Forderungen des ÖVP-Seniorenbunds. Präsidentin Ingrid Korosec, forderte einen einheitlichen Personalschlüssel, darüber hinaus brauche „es dringend mehr Kontrollen“. Die Wiener Patientenanwältin Sigrid Pilz kündigte an, zu prüfen, ob tatsächlich gegen den Willen Medikamente verabreicht wurden.

Per Aussendung zu Wort meldete sich die Demenzforscherin Stefanie Auer. Es handle sich um ein seit Jahren schwelendes Problem, „allerdings wird in der laufenden Diskussion mit den Pflegeteams die falsche Personengruppe an den Pranger gestellt und keine Lösungsansätze geliefert. Es ist die Gesellschaft gefordert, das Thema nicht weiter zu negieren, die Politik muss in die Pflicht genommen werden, verbesserte Rahmenbedingungen zu erstellen.“

Tiroler Tageszeitung ONLINE

EXKLUSIV

Wirbel um Pflege-Missstände

Der jüngst veröffentlichte Bericht der Volksanwaltschaft über die teilweise massiven Missstände in Österreichs Alten- und Pflegeheimen lässt weiter die Wogen hochgehen.

- ARTIKEL

- DISKUSSION (8)

© *iStockphoto*Die Kommissionen der Volksanwaltschaft kontrollierten 125 Alten- und Pflegewohnheime in Österreich.

1

Innsbruck, Wien – Bei insgesamt 28 Kontrollen in Tiroler Alten- und Pflegeheimen ist die Kommission 1 der Volksanwaltschaft zum Teil auf unhaltbare Zustände gestoßen. Unter anderem in einem Heim etwa auf inkontinente Heimbewohner, die ungewaschen und ungewickelt die Nächte in ihrem eigenen Kot und Urin lagen, die TT berichtete.
Der für Pflegeangelegenheiten zuständige Landesrat Bernhard Tilg hat eine Analyse der Sachverhalte und Vorwürfe angekündigt, warnt jedoch gleichzeitig davor, den Bericht der Volksanwaltschaft als pauschale Kritik an der Arbeit der Pflegekräfte in den Tiroler Heimen zu verstehen. „Der überwiegende Anteil unserer Pflegekräfte sind fleißige, tüchtige Menschen, die mit viel Einfühlungsvermögen und Verantwortungsgefühl täglich am Werk sind“, so Tilg. Das Land setze seit 2012 den bis 2022 laufenden Pflegeplan um, mit dem nicht nur mehr Heimplätze, sondern auch mehr Plätze in der mobilen Pflege oder im betreuten Wohnen geschaffen würden. „Damit auch die Qualität der Pflege steigt, hat das Land eine Ausbildungsoffensive eingeleitet“, so LR Tilg.

Der Sozialsprecher und Klubobmann der Tiroler SPÖ, Gerhard Reheis, fordert in einer Aussendung volle Aufklärung: „Was die Volksanwaltschaft vor allem in den Tiroler Heimen aufgezeigt hat, ist ungeheuerlich und untragbar. Eine rasche Aufklärung ist ebenso notwendig wie das Ziehen von Konsequenzen bei den dafür Verantwortlichen.“ Reheis fordert weiters ein Abrücken vom Credo des Sparens: „Das Personalsparen aus wirtschaftlichen Gründen und auf Kosten der Menschen ist sofort abzustellen. Das sind Bewohnerinnen und Bewohnern, denen die beste Betreuung und Pflege zustehen. Dieser Verantwortung muss die Politik wieder gerecht werden.“ Es sei an der Zeit, so Reheis, neue Wege zu gehen und dabei Betroffene und Angehörige in den Mittelpunkt zu stellen. Vieles sei heute nicht mehr zeitgemäß – etwa dass der Personalaufwand in Tirol nach wie vor nach einem Minutenschlüssel berechnet werde und es keine verbindliche Regelung für die Besetzung zu Zeiten des Nachtdienstes gebe.

Die ARGE Tiroler Altenheime, sie versteht sich als Sprachrohr der Einrichtungen hierzulande, zeigt sich von der Vorgehensweise der Volksanwaltschaft betroffen. Diese ziehe die mediale Verbreitung einer konstruktiven Kooperation vor, so der Vorwurf. „Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Tiroler Heimen leisten mit den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen hervorragende Arbeit und die Einrichtungen werden umsichtig und verantwortungsvoll geführt. Dies können wir auch aufgrund der positiven Resonanz von Seiten der Bewohner und Angehörigen feststellen“, betont ARGE-Sprecher Robert Kaufmann. Zudem würden laufend Kontrollen von verschiedensten Behörden und Institutionen stattfinden, mit denen die Einrichtungen im Sinne der Bewohner und Mitarbeiter kooperieren. „In jenen vereinzelten Vorfällen, in denen es Beanstandungen bezüglich der Qualität unserer Mitgliedsheime gibt, wird sofort reagiert und die erforderlichen Maßnahmen ergriffen. So geschehen auch in dem in den Medien geschilderten Fall eines Tiroler Altenheimes“, sagt Kaufmann.

Zu Wort gemeldet hat sich auch die Demenzforscherin und wissenschaftliche Leiterin der MAS Alzheimerhilfe, Stefanie Auer. Es handle sich um ein seit Jahren schwelendes Problem, „allerdings wird in der laufenden Diskussion mit den Pflegeteams die falsche Personengruppe an den Pranger gestellt und keine Lösungsansätze geliefert. Es ist die Gesellschaft gefordert, das Thema nicht weiter zu negieren, die Politik muss in die Pflicht genommen werden, verbesserte Rahmenbedingungen zu erstellen.“ (np, TT)

Tiroler Tageszeitung ONLINE

Robert Kaufmann, Obmann ARGE Tiroler Altenheime

Vom Skandal zum Segen?

In den vergangenen Wochen füllten andere Themen die Nachrichten: Flüchtlingsstrom, Präsidentenwahlen, Eurokrise. Um den Dauerbrenner Altenpflege war es auffallend ruhig geworden. Mit einem Schlag, oder besser gesagt, nach einem Bericht der Volksanwaltschaft, war die Ruhe dann vorbei. Das 200-Seiten-Papier, in dem knapp 30 Seiten der Pflege gewidmet sind, berichtet von Missständen in Österreichs Altenheimen. Und der Skandal ist da. Die Medien schrei(b)en nach Konsequenzen, die Politiker fordern mehr Kontrolle. Und die Verantwortlichen in den Heimen beruhigen so gut es geht.

Dabei bietet der Bericht, auf den sich der öffentliche Zorn stützt, bei genauer Durchsicht wenig Skandalöses. Von 28 kontrollierten Heimen wurden in Tirol nur zwei beanstandet. Eine nicht genehmigte private Einrichtung, die nie Heimstatus hatte. Und ein Heim, in dem ein Konflikt unter Mitarbeiterinnen - auf dem Rücken von BewohnerInnen ausgetragen - zu einer Entlassung führte. In allen anderen (kontrollierten) Heimen wird hervorragend gearbeitet.

Stattdessen war er da, jener Sturm der Entrüstung, der übers Land rauschte und sich bald wieder ins mediale Nirvana verziehen wird. Was von ihm bleibt, ist die Verunsicherung und Angst - bei jenen Menschen, die sich oder ihre Angehörigen in die Obhut eines Altenheimes begeben. So wie die Frustration und Wut jener Pflegefachkräfte die Tag für Tag, top qualifiziert und mit hohem Engagement gerne in der Altenpflege arbeiten und jetzt schon wieder, völlig zu Unrecht, zum Sündenbock wurden. Übrig bleibt aber auch die berechtigte Frage der Pflegedienst- und HeimleiterInnen, wie der Spagat zwischen konstant steigendem Anspruch und gleichbleibenden finanziellen Ressourcen in Zukunft zu schaffen sein soll.

Deshalb wird man die Rahmenbedingungen in der Altenarbeit verändern müssen. Individuelle, am persönlichen Bedarf bemessene Pflege, eine medizinische Versorgung, die noch mehr auf die Bedürfnisse des alten Menschen eingeht und ein Tagesablauf, der sich ausschließlich am biografischen Lebensstil der BewohnerInnen orientiert erfordern deutlich mehr Zeit und Geld als derzeit für die Tiroler Altenheime zur Verfügung steht. Die Gesellschaft wird sich darüber Gedanken machen müssen, welchen Wert Pflege und Betreuung für sie hat. Das warm-satt-sauber-Modell hat schon lange ausgedient. Die alles entscheidende Frage lautet aber, wie viel an individueller Betreuung in Tirols Altenpflege nun tatsächlich finanziert werden kann und soll. Die politisch verantwortlichen im Land müssen sich jetzt schnell klar dazu bekennen wie sie den (finanziellen) Rahmen in den Tiroler Heimen in Zukunft gestalten werden. Und wenn am Ende des Tages - wie von den Verantwortlichen in Tirols Heimen schon lange gefordert - mehr Geld, und damit mehr Zeit, für die Pflege herausschaut, dann ist aus dem Skandal-Bericht ein Segen für alle geworden.

REGIONEWS.at

Hervorragende Arbeit in Niederösterreichs Heimen nicht klein reden!

0/0

09 Mai 05:00 2017 von OTS Print This Article

Kernaussagen des Berichtes der Volksanwaltschaft 2016 zielen in eine andere Richtung

Wien/Grafenwörth (OTS) - Der Bericht der Volksanwaltschaft 2016 spricht von 479 kontrollierten Einrichtungen, darunter 125 Alten- und Pflegeheimen. In einzelnen Heimen – auch in NÖ – traten Defizite auf, die zu bereinigen sind. Jedoch darf von Mängeln in einzelnen Einrichtungen nicht auf alle Heime geschlossen werden, verwehrt sich die ARGE NÖ Heime in aller Entschiedenheit! Österreichs wie Niederösterreichs Heime sind sogar europaweit führend in ihrer Qualität.

Österreichs Alten- und Pflegeheime gehören wahrscheinlich zu den meistkontrollierten Einrichtungen des Landes. Sie werden nicht nur von der Volksanwaltschaft, sondern auch von der Bewohnervertretung, Patientenanwaltschaft, Heim- und Pflegeaufsicht, dem Arbeitsinspektorat etc. kontrolliert – ganz im Gegensatz zur 24-Stunden Betreuung, wo es keinerlei Kontrollen gibt. Für die Heimleitungen sowie für das Personal würde es Sinn machen die Vielzahl der Kontrollen zu bündeln, meint Dietmar Stockinger, Obmann der ARGE NÖ Heime. Gemeinsam mit dem Präsidenten des Bundesverbandes der Alten- und Pflegeheime Österreiches, Markus Mattersberger weist er jedoch in aller Entschiedenheit Verallgemeinerungen zurück. Wenn in einem einzelnen Heim ein schwerwiegender Mangel aufgetreten ist, gilt dies nicht für „alle“ Heime.

Europaweit führend: Österreichs und Niederösterreichs Heime

Wer in die NÖ Heime hineinhört, mit Angehörigen und BewohnerInnen spricht, bekommt fast ausschließlich sehr positive Rückmeldungen: „Ich fühle mich hier wie zuhause. Mir ist es noch nie im Leben so gut gegangen!“. Auch die letzte anonyme Befragung der

HeimbewohnerInnen und Angehörigen stellt den NÖ Heimen ein hervorragendes Zeugnis aus.

Jedes Jahr erhalten Österreichs und Niederösterreichs Heime, die sich an zahlreichen Wettbewerben beteiligen, darüber hinaus großartige Auszeichnungen für die hier geleistete Arbeit: z.B. Pflegemanagement-Award „Cura 2016“, „Österreichs beste Arbeitgeber“ „TELEIOS“ – Preis für Innovation, Qualität und Nachhaltigkeit in der Österreichischen Altenpflege, NÖ Leopold-Preis, Frauen- und familienfreundlichster Betrieb, Gütesiegel betriebliche Gesundheitsförderung etc. Moderne Pflegekonzepte und -modelle stellen auch die Innovationsfreude der Heime tagtäglich unter Beweis: sei es die Validation nach Naomi Feil, die fördernde Prozesspflege nach Monika Krohwinkel, das psychobiografische Pflegemodell nach Prof. Erwin Böhm, die aktivierende und reaktivierende Pflege nach Eden – Alternative® etc.

Und nicht zuletzt: Als erstes Bundesland Österreichs hat sich Niederösterreich bereits 2008 dazu entschieden, mit E-Qalin®, einem explizit für die stationäre Altenpflege in ganz Europa entwickelten Qualitätsmanagementsystem, die Qualität seiner Alten- und Pflegeheimen messbar und transparent zu machen. Das Besondere daran: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Bereiche in einem Heim werden ebenso in den Prozess eingebunden wie die Bewohnerinnen und Bewohner selbst und sind somit Mitgestalter der Lebensqualität in ihren Häusern.

Welche Leistungen wollen wir in der Altenpflege haben und welche Ressourcen wollen wir als Gesellschaft dafür zur Verfügung stellen?

Mehrere ORF-Berichterstattungen befassen sich aktuell mit dem Bericht der Volksanwaltschaft 2016 und weisen auf Mängel in Österreichs und auch Niederösterreichs Heimen hin. Wo Menschen arbeiten, passieren zweifellos Fehler - aus denen wir lernen sollen. Jedoch: „Wir lassen uns die hervorragende Arbeit in den NÖ Heimen medial nicht klein reden! Auch zielen die eigentlichen Kernaussagen des Berichtes der Volksanwaltschaft 2016 in eine andere Richtung, ich verstehe sie als Systemkritik, die Anlass für einen großen gesellschaftlichen Diskurs sein könnte. Miteinander zu reden ist immer gut!“, so der Obmann der ARGE NÖ Heime, Dir. Dietmar Stockinger. Zum Beispiel darüber, dass Demenz oder Behinderung Präsenz erfordern und hohes geriatrisches Know-how durch einen Qualifikationsmix. Die Volksanwaltschaft kritisiert, dass dieser zusätzliche Aufwand in den Personalschlüsselberechnungen nicht ausreichend abgebildet ist. Bund und Länder seien aufgefordert, den geänderten Gegebenheiten Rechnung zu tragen. „Es ist keine Frage, mit besseren Personalstrukturen können wir in der Betreuung und Pflege unserer Bewohnerinnen und Bewohner auch eine bessere Leistung erbringen. Doch das ist eine Entscheidung der Politik und letztlich unserer Gesellschaft“, so Markus Mattersberger, Präsident des Bundeverbandes der Alten- und Pflegeheime Österreichs. „Die entscheidende Frage ist:

Welche Leistungen wollen wir in der Altenpflege haben und welche Ressourcen wollen wir als Gesellschaft dafür zur Verfügung stellen? Mit den Folgen unserer Entscheidung müssen wir dann auch leben können“, sind sich Mattersberger und Stockinger einig. Dies gelte nicht nur für Alten- und Pflegeheime, sondern für die Altenpflege insgesamt und betrifft damit rund 450.000 Pflegegeldbezieher(innen), davon leben rund 75.000 Menschen stationär in Heimen.

Abschließend stellt Stockinger fest, dass Niederösterreichs Alten-und Pflegeheime im Bereich der gegebenen Rahmenbedingungen die Erwartungshaltungen verschiedener Überprüfungsbehörden selbstverständlich zu erfüllen bereit sind.

Quelle: OTS

http://pflege-professionell.at/at-hervorragende-arbeit-in-niederoesterreichs-heimen-nicht-klein-reden

Pflege Professionell
Das Open Source Fachmagazin für den Gesundheitsbereich

AT: Hervorragende Arbeit in Niederösterreichs Heimen nicht klein reden!

KERNAUSSAGEN DES BERICHTES DER VOLKSANWALTSCHAFT 2016 ZIELEN IN EINE ANDERE RICHTUNG

Mai 6, 2017 Markus Golla

Dir. Ing. Dietmar Stockinger, Obmann der ARGE der NÖ Pensionisten- und Pflegeheime (C) ARGE der NÖ Pensionisten- und Pflegeheime

Wien/Grafenwörth (OTS) – **Der Bericht der Volksanwaltschaft 2016 spricht von 479 kontrollierten Einrichtungen, darunter 125 Alten- und Pflegeheimen. In einzelnen Heimen – auch in NÖ – traten Defizite auf, die zu bereinigen sind. Jedoch darf von Mängeln in einzelnen Einrichtungen nicht auf alle Heime geschlossen werden, verwehrt sich die ARGE NÖ Heime in aller Entschiedenheit! Österreichs wie Niederösterreichs Heime sind sogar europaweit führend in ihrer Qualität.**

Österreichs Alten- und Pflegeheime gehören wahrscheinlich zu den meistkontrollierten Einrichtungen des Landes. Sie werden nicht nur von der Volksanwaltschaft, sondern auch von der Bewohnervertretung, Patientenanwaltschaft, Heim- und Pflegeaufsicht, dem Arbeitsinspektorat etc. kontrolliert – ganz im Gegensatz zur 24-Stunden Betreuung, wo es keinerlei Kontrollen gibt. Für die Heimleitungen sowie für das Personal würde es Sinn machen die Vielzahl der Kontrollen zu bündeln, meint Dietmar Stockinger,

Obmann der ARGE NÖ Heime. Gemeinsam mit dem Präsidenten des Bundesverbandes der Alten- und Pflegeheime Österreiches, Markus Mattersberger weist er jedoch in aller Entschiedenheit Verallgemeinerungen zurück. Wenn in einem einzelnen Heim ein schwerwiegender Mangel aufgetreten ist, gilt dies nicht für „alle“ Heime.

Europaweit führend: Österreichs und Niederösterreichs Heime

Wer in die NÖ Heime hineinhört, mit Angehörigen und BewohnerInnen spricht, bekommt fast ausschließlich sehr positive Rückmeldungen: „Ich fühle mich hier wie zuhause. Mir ist es noch nie im Leben so gut gegangen!“. Auch die letzte anonyme Befragung der HeimbewohnerInnen und Angehörigen stellt den NÖ Heimen ein hervorragendes Zeugnis aus.

Jedes Jahr erhalten Österreichs und Niederösterreichs Heime, die sich an zahlreichen Wettbewerben beteiligen, darüber hinaus großartige Auszeichnungen für die hier geleistete Arbeit: z.B. Pflegemanagement-Award „Cura 2016“, „Österreichs beste Arbeitgeber“ „TELEIOS“ – Preis für Innovation, Qualität und Nachhaltigkeit in der Österreichischen Altenpflege, NÖ Leopold-Preis, Frauen- und familienfreundlichster Betrieb, Gütesiegel betriebliche Gesundheitsförderung etc.
Moderne Pflegekonzepte und -modelle stellen auch die Innovationsfreude der Heime tagtäglich unter Beweis: sei es die Validation nach Naomi Feil, die fördernde Prozesspflege nach Monika Krohwinkel, das psychobiografische Pflegemodell nach Prof. Erwin Böhm, die aktivierende und reaktivierende Pflege nach Eden – Alternative® etc.

Und nicht zuletzt: Als erstes Bundesland Österreichs hat sich Niederösterreich bereits 2008 dazu entschieden, mit E-Qalin®, einem explizit für die stationäre Altenpflege in ganz Europa entwickelten Qualitätsmanagementsystem, die Qualität seiner Alten- und Pflegeheimen messbar und transparent zu machen. Das Besondere daran: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Bereiche in einem Heim werden ebenso in den Prozess eingebunden wie die Bewohnerinnen und Bewohner selbst und sind somit Mitgestalter der Lebensqualität in ihren Häusern.

Welche Leistungen wollen wir in der Altenpflege haben und welche Ressourcen wollen wir als Gesellschaft dafür zur Verfügung stellen?

Mehrere ORF-Berichterstattungen befassen sich aktuell mit dem Bericht der Volksanwaltschaft 2016 und weisen auf Mängel in Österreichs und auch Niederösterreichs Heimen hin. Wo Menschen arbeiten, passieren zweifellos Fehler – aus denen wir lernen sollen. Jedoch: „Wir lassen uns die hervorragende Arbeit in den NÖ Heimen medial nicht klein reden! Auch zielen die eigentlichen Kernaussagen des Berichtes der Volksanwaltschaft 2016 in eine andere Richtung, ich verstehe sie als Systemkritik, die Anlass für einen großen gesellschaftlichen Diskurs sein könnte. Miteinander zu reden ist immer gut!“, so der Obmann der ARGE NÖ Heime, Dir. Dietmar Stockinger. Zum Beispiel darüber, dass Demenz oder Behinderung Präsenz erfordern und hohes geriatrisches Know-how durch einen Qualifikationsmix. Die Volksanwaltschaft kritisiert, dass dieser zusätzliche Aufwand in den Personalschlüsselberechnungen nicht ausreichend abgebildet ist. Bund und Länder seien aufgefordert, den geänderten Gegebenheiten Rechnung zu tragen. „Es ist keine Frage, mit besseren Personalstrukturen können wir in der Betreuung und Pflege unserer Bewohnerinnen und Bewohner auch eine bessere Leistung erbringen. Doch das ist eine Entscheidung der Politik und letztlich unserer Gesellschaft“, so Markus Mattersberger, Präsident des Bundeverbandes der Alten- und Pflegeheime Österreichs. „Die entscheidende Frage ist: Welche Leistungen wollen wir in der Altenpflege haben und welche Ressourcen wollen wir als Gesellschaft dafür zur Verfügung stellen? Mit den Folgen unserer Entscheidung müssen wir dann auch leben können“, sind sich Mattersberger und Stockinger einig. Dies gelte nicht nur für Alten- und Pflegeheime, sondern für die Altenpflege insgesamt und betrifft damit rund 450.000 Pflegegeldbezieher(innen), davon leben rund 75.000 Menschen stationär in Heimen.

Abschließend stellt Stockinger fest, dass Niederösterreichs Alten- und Pflegeheime im Bereich der gegebenen Rahmenbedingungen die Erwartungshaltungen verschiedener Überprüfungsbehörden selbstverständlich zu erfüllen bereit sind.
www.noeheime.at
www.lebensweltheim.at

http://www.nachrichten-aktuell.eu/artikel/hervorragende-arbeit-in-niederosterreichs-heimen-nicht-klein-reden/961593Hervorragende Arbeit in Niederösterreichs Heimen nicht klein reden!

Kernaussagen des Berichtes der Volksanwaltschaft 2016 zielen in eine andere

Richtung

Wien/Grafenwörth (OTS) - Der Bericht der Volksanwaltschaft 2016 spricht von 479 kontrollierten Einrichtungen, darunter 125 Alten- und Pflegeheimen. In einzelnen Heimen – auch in NÖ – traten Defizite auf, die zu bereinigen sind. Jedoch darf von Mängeln in einzelnen Einrichtungen nicht auf alle Heime geschlossen werden, verwehrt sich die ARGE NÖ Heime in aller Entschiedenheit! Österreichs wie Niederösterreichs Heime sind sogar europaweit führend in ihrer...
quelle: OTS

nachrichten.at

Volksanwaltschaft kritisiert Missstände in Österreichs Altenheimen

WIEN. Bettruhe um 17 Uhr, wöchentlich nur ein Badetag, der an Feiertagen entfällt, Beruhigungsmittel im Nutella: Bei ihren Kontrollbesuchen stellte die Volksanwaltschaft "krasse Menschenrechtsverletzungen" in Österreichs Altenheimen fest.

Nicht überall wird liebevoll gepflegt. Bild: Foto: Colourbox

Gravierende Missstände hat die Volksanwaltschaft im Vorjahr bei ihren Kontrollbesuchen in 125 Alten- und Pflegeheimen festgestellt. Zwei Fälle betreffen behördlich nicht genehmigte Einrichtungen in Oberösterreich.

Die schwersten Pflegemängel werden aus Tirol, Kärnten und Wien gemeldet: verwahrloste Senioren, die mit Gurten im Rollstuhl fixiert sind. Die in ihrem Kot und Urin liegen, ihre Medikamente in Nutella gemischt heimlich verabreicht bekommen oder mehr als eine Woche lang nicht geduscht werden: "Das sind krasse Menschenrechtsverletzungen", sagt Volksanwalt Günther Kräuter (SP).

Zwar werde in vielen Fällen sehr gut gearbeitet. Ein Problem stellen laut Kräuter aber die behördlich nicht genehmigten Einrichtungen dar. "Bei ihnen fehlt jede Kontrolle durch die für die Aufsicht zuständigen Länder, die sich offenbar nicht zuständig fühlen."

Video: Gabriele Fischer, Psychiaterin, zur Untersuchung österreichischer Pflegeheime, Verbesserungspotential im Pflegebereich und Erleichterungen für das Pflegepersonal.
Da ist die Untersuchungskommission in Oberösterreich auf zwei krasse Fälle gestoßen. Einer betrifft ein Ehepaar, das "ohne entsprechende Ausbildung rund um die Uhr teils hochgradig pflegebedürftige Menschen versorgt", heißt es in dem Jahresbericht. Die nicht genehmigte Einrichtung sei nicht barrierefrei. Zimmer- und Badezimmertüren stehen während der Körper- und Intimpflege offen, die Bewohner sind von der Außenwelt isoliert, die Hygienebedingungen "katastrophal". Professionelle Betreuungskonzepte gibt es nicht. Nach Intervention der Volksanwaltschaft hat die Baubehörde im April reagiert: Wegen der "sehr schlechten baulichen

Ausstattung" wurde die Versorgung im Haupthaus untersagt, im Nebenhaus sind aber nach wie vor Pflegebedürftige untergebracht.

"Bei nicht genehmigten Einrichtungen reden sich die Behörden darauf aus, dass ihnen die Hände gebunden seien, weil sie laut Gesetz dort nicht kontrollieren dürfen", sagt der Volksanwalt. Unverständlich, "denn gerade hier müsste der Staat seine Schutzpflichten wahrnehmen".

"Qualitätskriterien sichern"

Pflegebedürftige ohne behördliche Genehmigung bei sich aufnehmen: "Das kann im Grunde jeder, der Zimmer zu vermieten hat", so Michael Slapnicka, Leiter der Abteilung Soziales des Landes OÖ.

Solche nicht genehmigte Einrichtungen würden oft psychisch oder kognitiv beeinträchtigten Menschen "Zuflucht" bieten, "für die das professionelle Angebot leider rar ist", sagt Reinhard Klaushofer, der die Prüfkommission der Volksanwaltschaft in Oberösterreich und Salzburg leitet. Die Anbieter würden sich oft damit rechtfertigen, "dass sie ohnehin nur eine gewerbliche Tätigkeit ausüben". Ob die Bedingungen dort aber den Qualitätskriterien entsprechen, können die Sachverständigen des Landes derzeit nicht kontrollieren.

Das soll sich jetzt ändern: Eine Gesetzesnovelle soll dazu führen, dass jede Einrichtung, die de facto Pflegeaufgaben anbietet, vom Land genehmigt werden muss und laufenden Kontrollen unterliegt.

"Herausforderung an das Personal nimmt zu"

Seit 26 Jahren arbeitet Martin König im Bereich Altenbetreuung, als Geschäftsführer vom „Sozialen Netzwerk“ in Bad Hall kennt er den Bereich der Sozial- und Gesundheitsberufe bestens. Dass die Volksanwaltschaft Missstände in einzelnen der insgesamt 840 Alters- und Pfegeheimen in Österreich kritisiert, ist „in Ordnung, pauschaliert sollten die Vorwürfe aber nicht werden. Es geht darum, welche Standards will ich haben?“

Alleine in Oberösterreich gibt es derzeit rund 10.000 Menschen, die in Alters- und Pflegeheimen arbeiten. „Wir haben keinen Notstand beim Personal. Aber die Herausforderungen werden immer größer, die Aufgaben immer mehr.“ Ein wesentliches Thema sei die Betreuung der Demenzkranken: „Die psychologische Betreuung nimmt zu, viele leiden an Demenz.“ Gleichzeitig sei es schwierig, Arbeitsplätze in diesem Bereich zu bewerben: „Andere Bereiche sind attraktiver.“ Auch da müsse der Hebel angesetzt werden.

SpringerMedizin.at

http://www.springermedizin.at/apa-artikel/?full=58285

APA-ARTIKEL8. Mai 2017

Pflege: Kräuter will bundesweite Qualitätskriterien für Pflegefonds

Volksanwalt Günther Kräuter fordert in der Diskussion um Missstände in Alten- und Pflegeheimen nun, die Mittel des derzeit mit 350 Mio. Euro dotierten Pflegefonds an bundesweit einheitliche Qualitätskriterien zu binden. Dies hätte den Effekt, dass man insgesamt zu einem besseren Standard komme, zeigte sich Kräuter am Sonntag gegenüber der APA überzeugt.
Es gehe um Qualitätskriterien wie Mindeststandards, Personalqualifikation und Infrastruktur. "Eine menschenwürdige Betreuung hochbetagter, häufig an Demenz erkrankter Menschen muss in allen Bundesländern gesichert werden", betonte Kräuter.
apa.at
APA – Austria Presse Agentur, 2017

HTTP://WWW.SPRINGERMEDIZIN.AT/APA-ARTIKEL/?FULL=58327

APA-ARTIKEL8. Mai 2017

Pflege: Ex-RH-Chef Moser nimmt Bund in die Pflicht

Nach dem Bericht der Volksanwaltschaft über Mängel in Alten- und Pflegeheimen nimmt der frühere Rechnungshof-Präsident Josef Moser den Bund in die Pflicht. Dieser müsse den Ländern im Pflegefondsgesetz klare Vorgaben machen, sagte er am Montag zur APA.
Ähnlich wie Volksanwalt Günther Kräuter fordert Moser, nunmehr Chef des industrienahen Wirtschaftsforschungsinstituts EcoAustria, klar festgelegte Kriterien was Pflegequalität, den Personalschlüssel und Qualitätssicherungssysteme betrifft. Dies müsse so rasch wie möglich geschehen. Im jüngst abgeschlossenen Finanzausgleich sei dies unterlassen worden.
apa.at
APA – Austria Presse Agentur, 2017